

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Montag (Nachmittag), 4. März 2019 / Lundi après-midi, 4 mars 2019

Staatskanzlei / Chancellerie d'Etat

**6 2018.RRGR.389 Motion 127-2018 Ammann (Bern, AL)
Direktdemokratische Instrumente stärken**

**6 2018.RRGR.389 Motion 127-2018 Ammann (Bern, LG)
Consolider les outils de la démocratie directe**

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Wir kommen zum Traktandum 6: «Direktdemokratische Instrumente stärken». Ich gebe Grossrätin Ammann von der Alternativen Liste das Wort.

Christa Ammann, Bern (AL). Die vorliegende Motion fordert den Regierungsrat auf, die direktdemokratischen Mittel zu stärken, indem eine Vorlage erarbeitet wird, wodurch die Unterschriftenanzahl gesenkt wird. Die Gründe, weshalb wir diese Reduktion fordern und der Meinung sind, es brauche diese Reduktion, sind: Initiativen, Referenden und Volksvorschläge sind zentrale politische Rechte der Stimmberechtigten. Die Hürden, die der Kanton Bern setzt, sind relativ hoch; Bern schneidet im interkantonalen Vergleich mittelmässig ab. Eine Senkung der Unterschriftenzahl ermöglicht es politisch interessierten Personen, sich mit eigenen politischen Visionen in die kantonale Politik einzubringen, ohne von bereits etablierten grösseren Parteien und Verbänden abhängig zu sein. Dies sind zwei Dinge, die uns zentral erscheinen.

Der Regierungsrat empfiehlt die Ablehnung dieser Motion und argumentiert, durch den Zuwachs der stimmberechtigten Personen und die Digitalisierung sei das Sammeln der Unterschriften erheblich vereinfacht worden. Die 0,2 Prozentpunkte, die aufgrund des Bevölkerungswachstums bestehen, sind aber meiner Meinung nach vernachlässigbar. Zwar hat die Digitalisierung das Sammeln der Unterschriften minim vereinfacht, im Kanton Bern ist es aber nach wie vor notwendig, dass der Unterschriftenbogen händisch ausgefüllt werden muss. Das heisst, dass der digitale Zugang nicht unbedingt niederschwelliger ist, da der Bogen immer noch ausgedruckt, von A bis Z von Hand ausgefüllt und immer auch noch auf die Post getragen werden muss. Ich weiss nicht, wie oft es Ihnen passiert, dass Sie irgendwelche Mails unterwegs lesen, wo Sie keinen Drucker haben, sodass es dann vergessen geht, weil Sie, sobald Sie zu Hause sind, wiederum zwanzig neue Mails erhalten haben. Das ganze Prozedere ist dementsprechend nicht dermassen niederschwellig. Bezüglich der Digitalisierung bedeutet das, dass ich dem Regierungsrat in einem Punkt recht geben muss, und zwar bezüglich der Sichtbarkeit von Anliegen, die man durch Social Media schaffen kann. In der Frage der Niederschwelligkeit von Unterschriftensammlungen kann ich ihm jedoch nicht recht geben. Trotz Digitalisierung ist es immer noch so, dass der grösste Teil der Unterschriften auf der Strasse gesammelt wird oder durch Versände an Personen, von denen man weiss, dass sie ähnliche Interessen haben. Diese müssen die Unterschriftenbogen dann immer noch zurückschicken.

Weiter argumentiert der Regierungsrat, es gebe schlimmere Kantone. Ich bin der Meinung «besser als andere» zu sein, sei nicht in jedem Fall gut genug. Das heisst, dass es gar nicht um die Frage geht, dass es Kantone gibt, welche die direktdemokratischen Rechte noch schwerer zugänglicher machen als Bern, sondern um die Frage, wie schwer wir es den Berner Stimmberechtigten machen wollen. In Zürich beispielsweise gibt es nicht nennenswert mehr Referenden und Initiativen als im Kanton Bern. Das heisst, dass auch die Angst vor der Flut, die kommen könnte, ziemlich unberechtigt ist.

Weiter nennt der Regierungsrat noch verschiedene Beispiele, die aufzeigen sollen, dass auch schlecht organisierte Verbände und Organisationen durchaus referendumsfähig sind. Ich kann mich zu zwei davon äussern. Das eine ist das «Hooligan-Konkordat». Zu sagen, Fanverbände seien nicht organisiert, zeigt höchstens, wie weit vom Fussball und vom Eishockey die Person entfernt ist, die diese Antwort geschrieben hat. Auch an diesem Referendum waren Personen beteiligt, die durchaus wissen, wie die Prozesse laufen. Dasselbe gilt auch für das Referendum, welches gegen das

Zentrum an der Murtenstrasse, wo auch die Tierversuche hätten ausgebaut werden sollen, ergriffen wurde. Diese Gruppierungen der Tierversuchsgegner sind hoch organisierte Organisationen. Das sind keine Beispiele, die beweisen, dass man es auch ausserhalb der grossen Verbände und der Parteien schafft.

Weiter sagt der Regierungsrat, die letzten vier Referenden seien ja zustande gekommen, obwohl noch die Sommerferien andauerten. Die betreffende Person hat wohl noch nie gesammelt. Anfang Sommerferien, liebe Anwesende, findet das Gurten-Festival statt – der Sammel- und Tummelort, wenn einem noch Unterschriften fehlen. Auch dies ist ein Argument, das schlichtweg nicht greift.

Die zentrale Frage, die wir uns stellen sollten, lautet: Ab wann wollen wir Opposition ernst nehmen? Wie viele Personen, die sich eventuell auch ausserhalb jener Personenkreise bewegen, die sich an Wahlen und bei Parteien beteiligen, wie viele Personen sollen zusammen die Möglichkeit haben, politisch in dieser Weise mitzuwirken? – Ich bin der Meinung, dass ein bisschen weniger Angst vor der Bevölkerung, ein bisschen mehr Gelassenheit in dieser Frage und vor allem ein leichter Zugang zu den direktdemokratischen Rechten angebracht ist. Eine lebendige Demokratie braucht diese Mittel – niederschwellig, unkompliziert und ausserhalb der dominierenden Strukturen. Aus diesem Grund bitte ich Sie, die vorliegende Motion zu unterstützen. Danke.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Als Mitmotionär hat Grossrat Martin Aeschlimann das Wort. Wünschen die anderen Mitmotionäre ebenfalls das Wort? – Thomas Knutti? – Das ist nicht der Fall.

Martin Aeschlimann, Burgdorf (EVP). In meiner Fraktion waren einige sichtlich überrascht, mich bei diesem Vorstoss anzutreffen. Ich geriet kurzzeitig in Erklärungsnot und starte hier den Versuch, mich anhand eines aktuellen Beispiels zu erklären. Ohne Referendum hätte die Mehrheit der Ratsmitglieder die Revision des Kantonalen Energiegesetzes (KE nG) im März 2018 ins Trockene gebracht. Die Stimmberechtigten stiessen aber unseren Entscheid im Februar dieses Jahres um. Gerade aus der Perspektive der vermeintlichen Gewinner in dieser Debatte könnte in diesem Fall der Schluss naheliegen, die Hürde für das Referendum sei möglichst hoch zu halten. Umgekehrt könnten kleinere Parteien und Organisationen ein Interesse haben, die Schwelle tiefer zu legen, um Grossratsentscheide leichter zur Abstimmung zu bringen. Auch wenn das KE nG jetzt knapp an der Urne gescheitert ist, sehe ich einen positiven Aspekt. Es löste mancherorts eine breite Diskussion über unseren Umgang mit Energie und Umwelt aus. Ich denke an Momente, während derer sich Eltern am Familientisch erklären müssen, begründen müssen, weshalb sie Nein stimmen, obwohl wir doch heute handeln müssten. Dies, wenn ihr Hauptargument, wir könnten uns mehr Klimaschutz nicht leisten, nicht mehr glaubwürdig klingt, weil sie vielleicht gerade ein neues, grösseres Auto bestellt haben.

Sind nicht gerade solche gesellschaftliche Debatten ausserhalb unseres politischen Laborbetriebs hier in diesem Ratssaal für eine Demokratie von hohem Wert? – Besonders in einer Zeit, in der demokratische Rechte leider keine Selbstverständlichkeit mehr sind; gerade auch, wenn in demokratischen Staaten, auch in Europa, politische Debatten von populistischen Regierungen verhindert oder von gekauften Medien verschwiegen werden. Deshalb erachte ich jede Abstimmung als Gewinn für die politische Kultur einer Gesellschaft. Dies auch dann, wenn diese einen volkswirtschaftlichen Aufwand bedeutet und auch, wenn man am Schluss zu den Verlierern gehört. Eine Abstimmung provoziert eine breitere Auseinandersetzung, führt zu Diskussionen und Fragen bis in den Aufenthaltsraum am Arbeitsplatz. Denn die Meinungsbildung für die Urne kann eben nicht einfach mit einem Klick oder einem «Like» erledigt werden. Sicher besteht aus unserer Perspektive, hier aus dem Ratssaal, ein gewisses Restrisiko. Es könnte nämlich durchaus sein, dass bei einer tieferen Hürde auch Themen – ich bezeichne diese als «aus dem politisch-philosophischen Nähkästchen» – einer politisch aktiven Jugendbewegung zur Abstimmung kommen. Why not? Warum nicht? – Dann würde Politik zur Abwechslung einmal spannend. Vielleicht erhalten wir dadurch wertvolle Denkanstösse, wie eine Gesellschaft auch noch funktionieren und aussehen könnte. Ich bitte Sie, zuzustimmen.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Wir kommen zu den Fraktionen. Für die Fraktion der BDP: Monika Gyga.

Monika Gyga-Böninger, Obersteckholz (BDP). Die Motionäre sagen, die verschiedenen Hürden für die politischen Rechte im Kanton Bern seien hoch. Mit Zahlenbeispielen wird argumentiert und gleichzeitig eine Halbierung der geforderten Unterschriften verlangt, mit dem Bestreben, den Kanton

Bern in dieser Frage ins Mittelfeld der Schweiz zu manövrieren. Im Gegenzug zeigt die Verwaltung ihrerseits mit Zahlen auf, dass sich infolge der Erarbeitung der neuen Verfassung des Kantons Bern (KV) im Jahr 1995 das Quorum im Verhältnis der Einwohnerzahlen seit damals bis 2018 leicht gesenkt hat.

Wir wissen es aus unserem politischen und persönlichen Alltag: Die politischen Instrumente der Initiative, des Referendums und des Volksvorschlags werden heute sehr rasch ergriffen und sind heute längst keine Ausnahme mehr. In den letzten Jahren wurden es immer mehr. In den letzten Jahren wurde es auch immer einfacher, Unterschriften zu sammeln. Die sozialen Medien eröffnen verschiedene neue Sammelmethoden. Die Bevölkerung kann viel einfacher und schneller auf eine Sammlung aufmerksam gemacht werden; die Stimmenden werden direkt zu Hause erreicht; Unterschriftenbogen können heruntergeladen und gemailt werden; die Mobilisierung erfolgt via Facebook, Twitter et cetera. Das Sammeln auf der Strasse ist längst nicht mehr der mühsame und einzige Weg.

Die BDP kann dieser Motion keinesfalls zustimmen. Nein, lieber gingen wir noch weiter. Wir würden es begrüssen, wenn es eine Korrektur in die andere Richtung gäbe. Die Volksrechte, von denen wir hier sprechen, sind eigentlich ein Notventil für die Bevölkerung, und zwar soll die Stimmbevölkerung dann korrigierend einwirken können, wenn ein Parlament mit Entscheidungen übersteuert, in welche Richtung auch immer. Die Parlamentsvertreter, auf allen Ebenen, sind gefordert – auch im Grossen Rat. Lösungen zu grossen und komplexen Themen erfordern eine breite Auseinandersetzung, ein Abwägen von Plus und Minus, eine vertiefte Diskussion und schlussendlich fundierte Entscheidungen, nicht selten basierend auf Kompromissen. Heute werden der Bevölkerung einerseits zu viele und andererseits enorm komplexe Vorlagen zur Entscheidung unterbreitet. Die Bevölkerung ist im Zusammenhang mit Abstimmungen müde. Das bekam ich gerade kürzlich zu spüren. Im Zusammenhang mit der Unterschriftensammlung betreffend die Waffenexporte in Bürgerkriegsländer erhielt ich persönlich mehr als einmal zu hören: Es ist der Job von euch Politikern, solch' schwierige Entscheidungen zu treffen. Hört auf, die Verantwortung immer der Bevölkerung aufzubürden bei schwierigen, schwierigsten Themen, zu komplizierten und sehr umfangreichen politischen Fragen und Aufgaben, zu denen der normale Stimmbürger und die normale Stimmbürgerin weder alle objektiven Informationen noch vielfach alle Zusammenhänge sehen kann und muss. Im Jahr 2014 lehnte der Grosse Rat eine Senkung der nötigen Unterschriften bereits deutlich ab. Die BDP entscheidet auch fünf Jahre nach dieser Entscheidung nicht anders. Wir lehnen diese Forderung einstimmig ab. Danke fürs Zuhören.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Für die Fraktion SP-JUSO-PSA: Grossrätin Mirjam Veglio.

Mirjam Veglio, Zollikofen (SP). Die SP-JUSO-PSA-Fraktion steht hinter der Stärkung der direkten Demokratie. In der Antwort des Regierungsrates sehen Sie, dass der Kanton Bern im Mittelfeld ist. Eigentlich pflegen wir nicht, uns an den schlechteren Beispielen zu messen, sondern lieber an den guten. Gemäss uns besteht hier wirklich noch Luft nach oben. In diesem Sinn möchte ich meiner Vorrednerin etwas entgegenhalten. Eine Studie aus der ökonomischen Glücksforschung zeigte nämlich, dass Leute, die an einer Entscheidung teilhaben können, mit einer Abstimmung, glücklicher sind. Es macht sogar glücklicher, als Geld zu haben. Weshalb gönnen wir dies nicht auch den Frauen und Männern im Kanton Bern, indem wir die Hürden heruntersetzen? Eine Minderheit der Fraktion findet die heute Regelung gut und wird die Motion ablehnen.

Carlos Reinhard, Thun (FDP). Ich kämpfe mit meiner Stimme. Deshalb überspringe ich jene Dinge, die bereits, vor allem von der BDP, erwähnt worden sind, und hebe vor allem weitere Punkte, die bisher nicht erwähnt worden sind, hervor. Die FDP lehnt alle drei Punkte ab. Weshalb? – In den drei Punkten, die aufgeführt sind, geht es eigentlich darum, die Unterschriftenzahl zu senken. Wir sind der Meinung, dass man diese eigentlich steigern sollte und sich vielleicht die anderen Kantone überlegen sollten, diese zu steigern. Diese Anstrengungen werden allein von der Biologie her stets einfacher, weil die Bevölkerungszahl wächst. Wir sehen auch keine Problematik bei der Einschränkung der direkten Demokratie, sodass wir dort einen Nachteil hätten. Heute ist es nämlich sehr einfach, einen von uns hier zu überzeugen, sei es mit einer E-Mail, einem persönlichen oder einem Telefongespräch, im Sinne von: Ich habe ein Anliegen, kannst du das vielleicht einmal überprüfen? Vielleicht kannst du ja einen Vorstoss einreichen. Als Parlamentarier kann ich mit einer Unterschrift, der meinen, die Sicht meiner Wählerinnen und Wähler ganz einfach einbringen.

Das andere ist bereits erwähnt worden. Wir sehen es wirklich auch so, dass mit der Digitalisierung die ganzen Dinge einfacher geworden sind. Man sieht auch die Flut an anstehenden Initiativen, für die momentan Unterschriften gesammelt werden. Wenn es so anstrengend wäre, wie jetzt immer behauptet wird, denke ich auch, dass sich viele Organisationen überlegen würden, ob sie Unterschriftensammlungen durchführen wollen oder nicht. Schaut man sich die Liste, zum Beispiel auf Bundesebene, an und sieht, wie viel momentan gesammelt wird, kommen enorm viele Geschäfte auf uns zu. Deshalb werden wir alle Punkte auch als Postulat ablehnen.

Marc Tobler, Moutier (UDC). Lors de l'élaboration de la nouvelle Constitution du canton de Berne (ConstC), entrée en vigueur le 1^{er} janvier 1995, les nombres de signatures requises pour les initiatives et les demandes de vote populaire ont été examinés pour la dernière fois. D'autre part, les nouveaux médias, honnêtement, facilitent la collecte de ces signatures. En observant l'ensemble des cantons, il apparaît que le canton de Berne se situe dans la moyenne par rapport au nombre de signatures requises – sans oublier que chaque votation coûte aussi de l'argent. C'est pour toutes ces raisons que le groupe UDC rejette cette motion à une grande majorité.

Martin Boss, Saxeten (Grüne). Die Motionärinnen und Motionäre verlangen in drei Punkten, dass für politisch Interessierte die Teilhabe am politischen Prozess im Kanton Bern niederschwelliger gehandhabt werden soll. Aus diesem Grund soll bei Volksinitiativen, Referenden und Volksvorschlägen die Anzahl der benötigten Unterschriften reduziert beziehungsweise halbiert werden. An den Fristen soll nichts verändert werden. Der Regierungsrat sieht in seiner Begründung die politischen Mitwirkungsrechte genügend ausgebaut und lehnt diesen Vorstoss ab.

Doch weshalb soll die politische Mitwirkung in Bezug auf Initiativen, Referenden und Volksvorschlägen vereinfacht werden? – Erstens: Es sollen Anreize geschaffen werden, damit die vielfach schwachen Stimmbeteiligungen, die wir erleben, und das Interesse an der kantonalen Politik gesteigert werden. Die kantonale Politik wird in der Bevölkerung, gemäss meiner Erfahrung, vielfach nicht wahrgenommen. Das Interesse der Bürgerinnen und Bürger ist vielmehr auf die Bundes- und die Gemeindepolitik gerichtet. Zweitens: Chancen für politisch interessierte Menschen, auch ohne Parteizugehörigkeit, am politischen Prozess niederschwelliger zu partizipieren. Drittens: die Angleichung der politischen Instrumente an das schweizerische Mittel.

Der Kanton Bern soll durch die Stärkung der direktdemokratischen Instrumente näher zu den Bürgerinnen und Bürgern kommen. Die Gewichtung und damit auch die Anzahl der einzelnen Initiativen, Referenden oder Volksvorschlägen soll den Stimmberechtigten des Kantons Bern überlassen werden. Die grüne Fraktion wird die Motion in allen drei Punkten annehmen, bei einer Enthaltung.

Barbara Stucki, Stettlen (glp). Im Kanton Bern wird rege von den direktdemokratischen Instrumenten Gebrauch gemacht. Dies begrüssen wir Grünliberalen ausdrücklich. Aus unserer Sicht braucht es aber keine Stärkung dadurch, dass man die Anzahl an benötigten Unterschriften senkt. Aus unserer Sicht sprechen genau zwei Gründe dafür. Zum einen ist es die Tatsache, dass aufgrund des Bevölkerungswachstums das Quorum in Prozenten der Stimmbevölkerung für das Zustandekommen einer Initiative oder eines Referendums nicht grösser, sondern sogar leicht kleiner geworden ist. Zudem ist es mit den neuen Medien und dank Onlineplattformen wie «WeCollect» heute deutlich einfacher, Unterschriften zu sammeln als früher.

Aus Sicht der glp bestehen im Kanton Bern nicht auffällig oder gar überdurchschnittlich hohe Hürden. Im Vergleich zu anderen Kantonen reiht sich der Kanton Bern mit seinem Quorum von 2,03 Prozent für das Zustandekommen einer Initiative und von 1,36 Prozent für ein Referendum im Mittel ein, was aus Sicht der glp begrüssenswert ist. Aus diesen Gründen werden wir die Motion ablehnen.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Ich gehe davon aus, dass Marc Jost von der EVP als letzter Fraktionssprecher spricht. Ist dies richtig? – Ja, danke.

Marc Jost, Thun (EVP). Die EVP-Fraktion lehnt diesen Vorstoss ab. Seit 24 Jahren gelten nun die Unterschriftenanzahlen für das Sammeln für Referenden oder Initiativen. In der Zwischenzeit ist einiges geschehen; die Staatskanzlei hat dies aufgeführt. Die Bevölkerung, sprich die Stimmberechtigten, hat um mehr als 60 000 zugenommen. Mit dieser Zahl allein könnte vier- bis sechsmal ein Referendum oder eine Initiative ergriffen werden. Diese Zunahme zeigt bereits, dass der Korrekturbedarf, wenn schon, in eine andere Richtung geht, zumal – Sie haben es ausgeführt – heute viel

mehr Möglichkeiten zur Verfügung stehen, um besser zu kommunizieren und die Stimmbevölkerung zu erreichen.

Jetzt sind dazu auch nicht viele gescheiterte Vorhaben bekannt, was ein starkes Argument wäre; im Gegenteil. Es gibt viele Abstimmungen. Wer das Vorrecht bereits hatte, mit dem Büro Partnerschaftsbeziehungen zu Sachsen oder Niedersachsen zu pflegen, weiss, dass es dort vielleicht alle vier Jahre einmal ein Referendum gibt. Klar, deutsche Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sehnen sich nach mehr Mitsprache. Wir haben die Partizipation der Bevölkerung aber wirklich in einem grossen Ausmass sichergestellt. Wie gesagt, zeigen die jüngsten Beispiele, wie häufig unser Ausschuss für Abstimmungserläuterungen an der Arbeit ist. Schliesslich, nur, weil Zürich einmal einen Korrekturbedarf hat und sich – um es so zu sagen – am Schwanz befindet, brauchen wir uns im Mittelfeld doch nicht anzupassen, sondern haben eine gute Position mit einem gut austarierten System, auch 24 Jahre nach Einführung der Unterschriftenanzahlen. Deshalb lehnen wir diesen Vorstoss grossmehrheitlich ab.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Wir kommen zu den Einzelsprechern, zuerst zu Thomas Knutti.

Thomas Knutti, Weissenburg (SVP). Ich möchte mich gleichwohl zum Vorschlag äussern, den wir gemacht haben. Diesen haben wir natürlich bewusst sehr offen formuliert, damit wir hier drin in dieser Frage endlich eine Mehrheit finden. Etwas Offeneres als diese Motion gibt es nicht. Wir nennen keine Zahlen, sondern sagen, dass wir lediglich bei Referenden und Initiativen einmal eine Anpassung wollen. Ich bin ganz klar der Meinung, diese Anpassung sei gerechtfertigt. Wenn Sie den Kanton Zürich betrachten, sehen Sie, dass eine Initiative mit 6000 Unterschriften zustande kommt, während wir bei 15 000 sind, respektive mit 3000 gesammelten Unterschriften mit einem Referendum eine Volksabstimmung erwirkt werden kann, verstehe ich schon nicht, dass man hier im Kanton Bern Mühe hat und es verhindern will. Genau wir, wir als Parlamentarier, sollten die Demokratie hochhalten. Aus meiner Sicht gibt es nichts Besseres als einen Volksentscheid. Dieser wird nämlich auch nicht hinterfragt. Ein Volksentscheid wird nicht hinterfragt, dieser wird schlussendlich von allen getragen.

Bei den Volksentscheiden haben wir ein anderes Problem. Momentan werden Volksentscheide leider nicht umgesetzt. Das ist das Problem! Auch bin ich der Meinung, die Bevölkerung wäre nicht des Abstimmens müde, wenn Volksentscheide denn auch umgesetzt würden. Nachdem ich die Fraktionssprecher gehört habe, stelle ich auch fest, dass viele von ihnen wahrscheinlich noch nicht wahnsinnig oft Unterschriften sammeln waren. Auch wir von der SVP, auch wir als grosse Partei, haben Mühe. Auch wir müssen jeweils kämpfen, um die Unterschriften zu sammeln. Es ist nicht so einfach, selbst wenn man es digital machen kann. Es braucht einen grossen Einsatz. Die Unterschriften müssen dann auch zurückkommen. Zudem ist die Hürde mit den zu sammelnden 10 000 respektive 15 000 Unterschriften sehr hoch. Deshalb verstehe ich nicht, wovor wir hier drin Angst haben. Von der Antragstellerin ist gesagt worden, dass es in anderen Kantonen keine Flut an Referenden und Initiativen gab, auch nicht in jenen Kantonen, die eine sehr geringe Unterschriftenzahl haben. Deshalb könnten wir doch eine Anpassung machen und diese Motion überweisen. Wenn der Vorschlag des Regierungsrates kommt, können Sie immer noch Ja oder Nein dazu sagen. Ich bitte Sie, diese doch offene Formulierung jetzt zu unterstützen. Danke.

Tamara Funicello, Bern (JUSO). Ich hätte nicht gedacht, dass der Moment, wo ich mit Thomas Knutti einverstanden bin, so rasch kommt. Wie schon erwähnt worden ist, sprechen wir hier über zentrale politische Rechte. Ich frage mich schon ein wenig, wovor wir hier Angst haben. Es wäre ja absolut kein Problem. Denn es besteht absolut kein Zusammenhang zwischen der Anzahl an Unterschriften, die man sammeln muss, und den Leuten, die sich beteiligen oder nicht beteiligen. Ein ganz plastisches Beispiel: In der Stadt Bern braucht es genau 30 Unterschriften von jungen Menschen, damit eine Jugendmotion eingereicht werden kann. Davon wurde bis dato nicht gerade inflationär Gebrauch gemacht. Auch gehe ich davon aus, dass es weiterhin so bleiben wird.

Der Punkt ist nicht, ob wir es hier drin schaffen, Unterschriften für eine Initiative zu sammeln. Das kriegen wir hoffentlich hin. Andernfalls hätten wir den Namen Volkspartei nicht verdient. Es geht um die kleinen Gruppierungen, die es sich nicht leisten können, die es nicht schaffen, die es sich zum Beispiel nicht leisten können, mit «WeCollect» zusammenzuarbeiten. Das kostet im Fall Kohle! Versände kosten im Fall Kohle! Nicht alle können das; es gibt Leute, die es nicht können. Auch diesen soll es ermöglicht werden, sich mit einem geringeren Aufwand zu beteiligen. Weshalb sollen sie sich

beteiligen? – Dies sage ich hier als Präsidentin einer Jungpartei: Weil Leute, die einmal gesammelt haben, im Fall auch abstimmen gehen. Wie richtigerweise in der Begründung bemerkt wurde: Wir haben ein Problem mit unserer Demokratie, es nehmen immer weniger Leute teil. Wir müssen die Leute nicht ausschliessen, indem wir die Quote weiter erhöhen, wir müssen sie herunterholen, damit man eben genau mehr Leute einbinden kann und sie nicht mit Fantasiazahlen abschreckt. Nun noch zwei Richtigstellungen, die mir schon noch wichtig sind: Kantonal ist im Moment genau eine Initiative hängig. Soviel zum Thema «Initiativenflut». Es ist nicht so, dass wir überrannt werden. Wir fordern keine Halbierung der Unterschriften, sondern würden den Regierungsrat beauftragen, diese zu senken. Ich bitte Sie also, dieser sehr gemässigten Motion zuzustimmen. Danke!

Martin Schlup, Schüpfen (SVP). Auch ich bin glücklich, dass ich abstimmen kann. Das ist eines unserer höchsten Güter, unsere direkte Demokratie und eigentlich unser Leben. Ich glaube, es ist sicher weltweit vorbildlich. Auf der anderen Seite muss ich sagen: Wenn ich mich zu viel damit befassen muss, wird es vielleicht einmal etwas mühsam oder sogar zur Plage, und man geht nicht mehr abstimmen. Dies, weil ich noch ganz viele andere Dinge zu tun habe. Ich glaube, die Zahlen zeigen eben auch auf, dass manchmal nicht einmal mehr 30 Prozent abstimmen gehen. Ich denke, das sagt genug. Abstimmen gehen kostet nämlich nichts, es ist gratis und kostet nur ein wenig Zeit und dass man sich zuvor mit den Themen auseinandergesetzt hat.

Ich muss noch etwas sagen: Wofür sind wir Politiker denn da, wenn wir für alles das Volk fragen müssen? Dann braucht es uns gar nicht mehr, dann können wir eine gute Verwaltung installieren, die noch sagt, «Zack, zack, dies geht, jenes nicht!», und danach soll das Volk entscheiden. Ich denke, dies wäre nicht möglich. So würde alles schwerfälliger, und es würde länger dauern. Diese Instrumente sind aber wichtig, das ist so. Eigentlich sollen sie nur korrigierend wirken, oder die Politik soll damit, falls sie nichts tut, zu etwas gezwungen werden. Das ist richtig. Ich denke, die Zahlen, die Quoten, die wir jetzt haben, sind sehr gut.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Ich gebe dem Staatsschreiber, Christoph Auer, das Wort.

Christoph Auer, Staatsschreiber. Der Regierungsrat beantragt Ihnen, diese Motion abzulehnen. Zu Beginn erlaube ich mir eine kleine persönliche Bemerkung. An diesem Vorstoss merkte ich, dass ich älter werde. Bisher hatte ich immer den Eindruck, ich sei noch nicht so lange Staatsschreiber. Jedes Geschäft, das ich hier vertreten durfte, vertrat ich zum ersten Mal. Bei diesem Geschäft habe ich das Gefühl, ich dürfe es hier zum zweiten Mal vertreten. Es ist noch nicht so lange her, dass diese Debatte vor knapp vier Jahren hier bereits einmal stattfand. Damals war es Herr Grossrat Thomas Fuchs, der verlangte, dass die Unterschriftenzahlen für Referenden, Volksinitiativen und Volksvorschläge gesenkt werden. Die Regierung beantragte damals Ablehnung, das Parlament folgte ihr.

Jetzt steht wieder eine ähnliche Vorlage zur Debatte. Was Thomas Knutti gesagt hat, ist richtig. Die damalige Formulierung war offener; es gab keine fixen Werte, wie die Grenzwerte, wie diese Zahlen festgelegt werden sollen. Es ist richtig, und ich möchte es gar nicht als unwichtig abtun, dass das Sammeln von Unterschriften trotz Social Media, trotz Internet immer noch Knochenarbeit ist. Es ist aufwendig. Das möchte ich gar nicht als unwichtig abtun, denn es ist richtig. Allerdings muss ich auch feststellen, dass es funktioniert. Es funktioniert, denn gegen nicht weniger als fünf Vorlagen, die Ihr Parlament hier im März 2018 verabschiedet hatte, kam ein gültiges Referendum zustande. Es hat also funktioniert. Es wurden auch Initiativen eingereicht, und es ist ein Volksvorschlag hängig. Die demokratischen Rechte spielen also im Kanton Bern.

Wenn in der Debatte gesagt wird, man müsse sich nicht immer mit dem Mittelmass zufriedengeben, man solle sich gegen oben orientieren, und wenn dabei der Kanton Zürich quasi als leuchtendes Beispiel erwähnt wird, dann stelle ich im Namen des Regierungsrates einfach folgende Frage: Ist denn der Kanton Zürich in dieser Frage ein Vorbild? Es trifft nämlich schon zu, dass je tiefer diese Zahlen sind, desto mehr solcher Begehren kommen. Der Kanton Zürich hat im Jahresschnitt über sechs Initiativen, die zur Abstimmung gebracht werden. Das hat eine Untersuchung des Zentrums für Demokratie gezeigt. Im Kanton Bern sind es im Durchschnitt zwischen einer und zwei. Es hat also sehr wohl einen Einfluss auf die Menge.

Diesbezüglich möchte ich an das anknüpfen, was Martin Schlup eben gesagt hat. Ich wies vor vier Jahren darauf hin, dass es im Kanton Zürich pro Abstimmung über drei eidgenössische und sechs kantonale Vorlagen gab sowie zusätzlich pro Gemeinde kommunale Vorlagen. Wenn Sie immer

mehr dieser Vorlagen haben, führt dies nicht zu einer Erhöhung der Stimmbeteiligung. Die Mobilisierung und die Stimmbeteiligung sind hoch, wenn sich der politische Diskurs auf ein, zwei oder drei Themen fokussiert, die einem gewichtigen Teil der Bevölkerung am Herzen liegen. Wenn Sie zu allen möglichen Fragen Referenden und Initiativen haben und es pro Abstimmung zehn Vorlagen oder mehr gibt, wird dies die Leute abschrecken, sodass die Stimmbeteiligung zurückgeht. Das kann nicht in unserem Interesse liegen. Im Kanton Bern ist es wichtig, dass die demokratischen Rechte wahrgenommen werden, aber eben die wesentlichen demokratischen Rechte, nämlich dann, wenn ein ansehnlicher, gewichtiger Teil unserer Bevölkerung ein Anliegen hat, über das wir abstimmen wollen.

Deshalb ist der Regierungsrat der Meinung, auch eine offen formulierte Motion, nämlich ein Auftrag, diese Zahlen zu senken, sei abzulehnen. Denn diese Zahlen sinken sowieso laufend. Auch das hat die Regierung gesagt. Mit der ständigen Zunahme der Bevölkerung, auch im Kanton Bern, sinken die relativen Zahlen laufend. Sie sanken auch während der letzten zwanzig Jahre. Es gibt keinen Grund für eine Senkung, gerade mit Blick auf die Kombination mit den neuen Möglichkeiten der Technik. Deswegen beantragt der Regierungsrat, diese Motion abzulehnen.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Wir kommen zur Abstimmung. Wer diese Motion annimmt, stimmt Ja, wer diese ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 56

Nein / Non 86

Enthalten / Abstentions 11

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Sie haben diese Motion abgelehnt, mit 86 Nein- gegen 56 Ja-Stimmen bei 11 Enthaltungen.